

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.20. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Kagelgenpreis: Arbeitsvermittlung- und Beschäftigungs-Anzeigen bis 5 gepaltene Kolonial-Zettel 60. Geschäftsangelegenheiten werden nicht aufgenom. men.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weg. Druck von G. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Mittelstraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluss 8002.

Gewerkschaften und Kriegsbeschädigte.

Die Kriegsbeschädigten erfreuen sich jetzt allseitiger Aufmerksamkeit und Fürsorge. Alle Welt will ihnen helfen. Die mit guten Maßstäben gefüllte Literatur über die Kriegsbeschädigtenfürsorge schwimmt in fast bedrückender Weise an. Was das Wort nicht vermag, soll das Bild leisten. Man sieht, fein säuberlich für den Photographen oder den Zeichner zurechtgestellt, Menschen, denen dieses oder jenes Glied fehlt und die doch in ihrer Bewegungsfreiheit oder in ihrer Erwerbsfähigkeit wenig oder gar nicht gehemmt sind. Einbeinige Dachbeder auf dem Dache, einarmige Maler auf der Leiter, Menschen ohne Arme als Klavierpieler oder Holzschneider und Menschen ohne Beine als Sackträger & Skiläufer.

Der Zweck dieser oft mehr Eifer als Sachkunde zeigenden Natfrenndigkeit ist gewiß gut. Den Kriegsbeschädigten soll Lebensmut und Schaffensfeier erhalten bleiben oder neu eingebläht werden. Man will den Willen zu leben und zu arbeiten wecken und karten. Die Volksgenossen, die in dem bitter-schweren Kampf gesunde Glieder verloren haben, sollen sich nicht als eine hilflose Belastung, sondern als werteschaffende Glieder des Volkes fühlen. Sie sollen, wie einer der bekanntesten Leiter der Kriegsverletztensfürsorge sich ausdrückte, nicht Almosenempfänger, sondern Steuerzahler werden.

Das hohe und erstrebenswerte Ziel rechtfertigt einen gewissen Uberschwang. Jede Bewegung, die wirksam werden will, muß einseitig sein und mehr wollen als der Tag verspricht. Deshalb soll hier auch durchaus kein Vorwurf erhoben werden gegen den gut gemeinten Ueberseifer auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge, obwohl er zuweilen mehr schadet als nützt. Aber es empfiehlt sich doch, wenigstens für den kritisch gestimmten, nicht nur mit der Gegenwart, sondern auch mit der Zukunft rechnenden Gewerkschaftler, daran zu erinnern, daß noch immer alle Dinge eine Rehrseite haben.

Wäre alles wahr und richtig, was jetzt über die Anpassungsfähigkeit und Anpassungsmöglichkeit beim Verlust gesunder Glieder geredet und geschrieben wird, so könnte zwei Dritteln oder mehr aller Unfallverletzten ihre Rente gekürzt oder entzogen werden. Den Arbeiterskretären wäre es jedenfalls sehr schwer, einen Einspruch zu begründen, wenn die Berufsgenossenschaft eine Rente kürzt oder entzieht mit der Begründung, daß der Verletzte sich an den Verlust eines Auges, mehrerer Finger, eines Beines usw. „gewöhnt“ hat.

Tatsächlich liegen ja aber die Dinge anders. Ein erwachsener Mensch wird durch den Verlust eines wichtigen Gliedes immer behindert werden. Er kann, je nach Gelegenheit und Willenskraft, einen teilweisen Ausgleich durch vermehrte Inanspruchnahme anderer Glieder herbeiführen, aber er wird immer und überall gehemmt und behindert sein. Dagegen sprechen scheinbar die vielen Beispiele, von denen wir in den letzten Monaten gelesen oder die Abbildungen, die wir in Büchern oder auch als Lichtbilder auf der Leinwand gesehen haben. Doch man schaue nur näher zu, und es wird sich zeigen, wie wenig solche Bilder beweisen. Die Schilderungen und Abbildungen beziehen sich in den weitaus meisten Fällen auf Personen, die in jungen Jahren ein Glied ihres Körpers verloren haben oder die gar als Krüppel geboren sind. Es ist aber doch ganz selbstverständlich, daß jemand, der mit 30 Jahren seine Arme verliert, sich selbst bei eiserner Willenskraft nur einen geringen Bruchteil jener Fertigkeiten aneignen kann, die dem arbeitsfähigen geborenen Künstler Untan zu einer gewissen Berühmtheit verholfen haben. Graf Zichy, der als einarmiger Klavierpieler bekannt ist und jetzt sehr oft als Beispiel für die Leistungsfähigkeit Einarmiger angeführt wird, verlor seinen rechten Arm, als er kaum 15 Jahre alt war, und konnte sich obendrein infolge seines Reichums alle Hilfsmittel für seine Ausbildung beschaffen. Dr. Jar. Groß, von dem gleichfalls Abbildungen verbreitet werden, verlor beide Arme im Alter von 13 Jahren. Lehrer Niemannscheider verlor beide Hände schon mit 6 Jahren. In diesen Jahren ist natürlich eine Anpassung leichter, weil alle Glieder noch geschmeidiger sind, also leichter als Ersatz herangezogen werden können. Unsere Krieger aber sind meist über die ersten Jahrzehnte hinaus, also in einem Alter, in dem der Körper sich nicht mehr so leicht neuen Bedingungen anpaßt.

Damit soll gewiß nicht bestritten werden, daß bis zu einem gewissen Grade eine Anpassung, eine Gewöhnung an den Verlust eintreten kann. Das ist vielmehr ganz gewiß der Fall, und es ist nur zu begrüßen, daß den verletzten Kriegern nicht nur alle Erfahrungen der moderner Orthopädie dienlich gemacht, sondern auch alle Möglichkeiten für die Weiterverwendung ihrer Arbeitskraft erschlossen werden sollen. Das kann aber auch geschehen, ohne daß man unerreichbare Vorbilder aufstellt und unerfüllbare Hoffnungen erweckt.

Die Ueberschätzung der Erwerbsfähigkeit Kriegsverletzter ist nämlich nicht ohne direkte Gefahr. Man stellt die Verletzten, bauend auf die Versicherungen mehr oder minder künftiger Arbeitgeber, an Arbeitsplätze, denen sie nicht mehr oder doch noch nicht wieder gewachsen sind, und gefährdet dadurch sie und andre. Einige solche Fälle wurden uns in den letzten Wochen aus Papierfabriken gemeldet. In einer Papierfabrik bei Dresden wurde ein Arbeiter, der im Kriege ein Auge verloren hat, an die Papierschnidemaschine gestellt. Er war noch nicht lange daran,

als er schon mit dem linken Arm in die Maschine geriet und seinen Unterarm einbüßte. In einer andern Fabrik desselben Bezirks hatte ein Kalanderführer, dem im Kriege die rechte Hand verstimmt war, seine Arbeit am Kalander wieder aufgenommen. Als er kürzlich das um die Kalanderwalzen gelaufene Papier mit der linken Hand abwischen wollte, wurde diese von den Walzen erfaßt und in die Maschine gezogen. Das sind nur so einige Fälle, die uns gelegentlich gemeldet wurden. Eine eingehende Erhebung würde wahrscheinlich sehr zum Nachdenken anreizende Resultate ergeben. Das Reichsversicherungsamt hat anscheinend auch schon allerlei Erfahrungen gesammelt. Denn in einem Rundschreiben an die Berufsgenossenschaften schreibt es: „Die Kriegsbeschädigten dürfen keinesfalls Betriebsgefahren ausgesetzt werden, denen sie nicht mehr gewachsen sind. Das ist eine in ihrem und der mit ihnen beschäftigten Versicherter Interesse selbstverständliche Forderung des Unfallschutzes.“ Zugleich forderte es allerdings auf, „die Einstellung der Schutzvorrichtungen, den Gebrauch der Arbeitsmaschinen, die Bewegung von Lasten usw., zu deren Betätigung bisher zwei gesunde Arme oder Beine erforderlich waren, so zu gestalten, daß gegebenenfalls schon eins dieser Glieder bei nicht erhöhter Unfallgefährlichkeit ausreicht.“ Ob es in vielen Fällen möglich sein wird, Arbeitsprozesse so wie gewünscht zu ändern und zu erleichtern, ist recht fraglich; wenigstens in denjenigen Großbetrieben, in denen schon bisher die Teilung und Mechanisierung der Arbeit sehr weit getrieben wurde. Immerhin werden sich bei allseitigem guten Willen zahlreiche Arbeitsgelegenheiten auch für weitgehend in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigte Kriegsverletzte schaffen lassen.

Daß die Gewerkschaften alles tun werden, um ihren im Kriege verletzten Brüdern bei der Eingliederung in die gewerbliche Unternehmung behilflich zu sein, versteht sich am Rande. Nicht nur aus den rein menschlichen Erwägungen heraus, daß der Kriegsbeschädigte Arbeit zur Befriedigung seiner seelischen und Verdienst zur Stillung seiner leiblichen Bedürfnisse braucht, sondern auch aus rein wirtschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Gründen. Es kann aber den Gewerkschaften durchaus nicht gleichgültig sein, wo, wie und vor allem zu welchen Bedingungen die Kriegsbeschädigten beschäftigt werden. Vielmehr müssen sie — im Interesse der Verletzten selbst sowohl wie im Interesse aller übrigen Arbeiter — darauf dringen, daß die Beschäftigung von Kriegsverletzten nicht zu einem bequemen Mittel wird, den Profit der Unternehmer zu mehren und den Aufstieg der Arbeiter zu hemmen. „Hier liegen Aufgaben vor, die von solcher Wichtigkeit nicht nur für die Kriegsinvaliden, sondern für die gesamte Arbeiterschaft sind, daß ihre Erfüllung von keiner Gewerkschaft abgelehnt werden kann“, sagt Th. Leipart in seiner im Auftrage der Generalkommission herausgegebenen Schrift über „Kriegsinvaliden und Gewerkschaften“. In rechter Würdigung dieser Aufgaben hat schon im Februar d. J. eine Konferenz der Verbandsvorstände sich mit der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten beschäftigt. Eine weitere Konferenz, die im Juli stattfand, faßte ihr Urteil und ihre Forderungen zusammen in einer Resolution, in der es einleitend heißt, daß es aus ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen dringend erforderlich sei, den Kriegsbeschädigten Arbeitsgelegenheit zu bieten. Zugleich wird gefordert, daß die Gewerkschaften zur Berufsberatung der Kriegsbeschädigten herangezogen werden und daß den Unternehmern die Möglichkeit genommen wird, den Rentenbezug als ein Mittel zum Lohndruck zu benutzen. Es soll dafür gesorgt werden, daß „die Kriegsbeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden“. Um das zu erreichen, sollen die abgeschlossenen Tarifverträge auch für die Kriegsbeschädigten gelten und eine Abänderung oder Aufhebung der Tarife nur unter ausdrücklicher Zustimmung der in Betracht kommenden Gewerkschaften erfolgen dürfen.

Gegen diese Forderung laufen mehrere Unternehmervereinigungen Sturm. Die Zentrale der Unternehmerorganisationen, die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“, betont in einer Rundgebung, daß sie zwar der Entlohnung nach Leistung zustimme, die Innehaltung der Tariffälle jedoch ablehnen müsse. Nun fordern die Gewerkschaften allerdings gar nicht, daß jeder Kriegsbeschädigte nach den Tariffällen bezahlt wird. Sie fordern das nur bei Arbeitslöhnen; denn da kommt die verminderte Leistungsfähigkeit des Verletzten in der Minderung seiner Leistung und damit seines Lohnes zum Ausdruck. Bei Zeillöhnen aber muß naturgemäß Rücksicht genommen werden auf den Grad der Erwerbsfähigkeit, und die Gewerkschaften werden sich gewiß keinen Augenblick fräuden, für wesentlich in ihrer Arbeitsfähigkeit beschränkte Arbeiter einem Abgehen von den Tariflöhnen zuzustimmen. Sie haben das ja seither auch schon bei Unfallverletzten, Invaliden und Jugendlichen tun müssen. Sie wollen nur in solchen Fällen mitentscheiden, sie wollen dem Unternehmer nicht Blankovollmacht geben, damit der den Grad der Erwerbsfähigkeit und damit den Lohn nach eigenem Gutdünken festsetzt. Denn dann wird es eben so kommen, daß die Rente ganz oder teilweise auf den Lohn angerechnet, also indirekt in die Tasche der Unternehmer geleitet wird. Das Versprechen, die Kriegsbeschädigten nach ihrer

Leistung zu entlohnen, sichert gegen solche Maßnahmen nicht, solange nicht festgelegt ist, von wem und wie diese Leistung abgeschätzt werden soll.

In der Öffentlichkeit verwahren sich einige Unternehmerorganisationen recht entschieden gegen die Annahme, daß die Kriegszrenten bei der Lohnbemessung mit in die Rechnung gefakt werden. Solche Verwahrungen wiegen jedoch sehr leicht. Abgesehen davon, daß die Unternehmer so manches tun, was ihre Organisation öffentlich mißbilligt, liegen die Dinge in diesem Falle so, daß die maßgebenden Unternehmervereinigungen sich noch gar nicht unzweideutig gegen eine solche „Anrechnung“ erklärt haben. Die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ schreibt in der schon erwähnten Rundgebung zwar, die Entlohnung solle nach der Leistung bemessen werden, aber es heißt dann weiter: „Es liegt jedoch gar kein Anlaß vor, die Kriegsbeschädigten, die zunächst in den Genuss der ihnen zustehenden Renten eintreten, relativ höher zu entlohnen als die vollwertigen, unbeschädigten Arbeiter.“ Damit kann doch eigentlich nur gesagt sein, daß der nach der Leistung bemessene Lohn gekürzt werden soll, wenn er zusammen mit der Rente den Lohn der gesunden Arbeiter übersteigt. Was ist das aber anders, als die Anrechnung der Rente oder eines Teils derselben auf den Lohn! Recht bezeichnend ist auch ein Vorgang, der aus Dresden gemeldet wird. In einem dortigen Betrieb erhielt ein Arbeiter, der in diesem Kriege ein Bein einbüßte und wieder als Spezialarbeiter an seinen früheren Arbeitsplatz kam, trotz voller Arbeitsleistung einen wesentlich niedrigeren Wochenlohn als er vor dem Kriege bezogen hatte. Als er, unter Hinweis auf seine volle Arbeitsleistung, den alten Lohn forderte, wurde ihm gesagt, daß darüber nur mit dem Direktor selbst gesprochen werden könnte. Der Arbeiter hatte dann zweimal Auseinandersetzungen mit dem Direktor, der dabei folgendes sagte: „Wenn Sie 21 Mk. bekommen, haben Sie mit der Rente 44 Mk. die Woche, und das ist doch ein schöner Lohn.“ Auf die Frage, was denn die Rente mit dem Lohn zu tun habe, es käme doch nur die Arbeitsleistung in Betracht, erklärte der Direktor: „Ein Arbeitgeber wird die Rente auslassen bei der Lohnfestsetzung. Das will der Industrieschutzverband nicht haben.“ Da der Arbeiter die Rechtmäßigkeit solcher Entlohnung bestritt, erklärte der Direktor: „Der Industrieschutzverband will es nicht haben, daß zu der Rente auch noch der volle Lohn bezahlt wird. Ich kann es nicht, ich komme mit dem Industrieschutzverband in Konflikt. Das ist so festgesetzt.“ Als der Arbeiter sofort feststellte, der Industrieschutzverband verlange also, die Arbeitgeber sollten sich an den Kriegskrüppeln bereichern, schwankte der Arbeitgeber etwas ein und sagte: „Nun, das will ich nicht sagen. Aber kein Arbeitgeber wird Ihnen den vollen Lohn zahlen, und das muß ich auch so halten.“ Schließlich bot der Direktor 3 Mk. mehr; er wollte 24 Mk. geben, wobei er bemerkte: „Dann mache ich Sie zum Vorarbeiter, damit ich es verantworten kann.“ Der Industrieschutzverband hat inzwischen öffentlich bestritten, daß er jemals solche Anweisungen an seine Mitglieder herausgegeben hat. Es handelt sich also wohl nur um den Versuch eines einzelnen Unternehmers, die Rente auf den Lohn anzurechnen. Aber auch dann ist der Fall bezeichnend genug.

Für die Gewerkschaften bringt ein solches Vorgehen der Unternehmer, wenn es sich einbürgern sollte, eine ernste Gefahr. Die Zahl der Kriegsbeschädigten ist so hoch, daß ihre Verwendung zu unterdurchschnittlichen Lohnsätzen den allgemeinen Lohnstand direkt bedroht. Die Erkenntnis dieser Gefahr hat die Gewerkschaften veranlaßt, nicht nur bei der gesetzlichen und privaten Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Hilfe anzubieten, sondern auch zu versuchen, mit den Unternehmern die Bedingungen für die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten schon jetzt festzulegen. In einer Reihe von Berufen ist das gelungen. Im Buchdruckgewerbe, in der Holzindustrie, für die Brauereien, im Steinfelegewerbe und noch in einigen andern Berufen sind mehr oder minder straffe Vereinbarungen zustande gekommen. Im Wirkungskreise unseres Verbandes ist das bisher noch nicht möglich gewesen. Es fehlen dazu vor allem einflussreiche Unternehmerverbände, mit denen sich solche Fragen regeln lassen. Unser Verbandsvorstand wird jedoch auch dieser Frage seine ernste Aufmerksamkeit schenken und alles tun, um zu verhindern, daß eigenmächtige Unternehmer die Kriegsbeschädigten als Lohnrücker mißbrauchen. Bei einsichtigen und sozial empfindenden Unternehmern wird ein solches Streben nicht nur Verständnis, sondern auch Förderung finden. Das hoffen wir wenigstens.

Ein Mahnruf an die Kriegsbeschädigten.

Der Drang, möglichst bald der Einförmigkeit des Lebens in der Kaserne zu entgehen und zur Erwerbsarbeit zurückzukehren, veranlaßt viele Kriegsbeschädigte, entgegen dem Willen der behandelnden Ärzte auf ihre Entlassung aus den Kasernen zu drängen. Vielfach werden solche an sich verständlichen Wünsche gefördert durch Anzeigen in den Tageszeitungen, die zum Teil von gewerkschaftlichen Stellenvermittlern ausgehen. In diesen Anzeigen werden Kriegsbeschädigte oftmals bei hohen Lohnangeboten für die verschiedensten Arbeiten gesucht. Zum Teil erhalten die Kriegsbeschädigten auch von ihren Angehörigen aus der Heimat solche Anzeigen zugeandt. Das letztere mag gut gemeint sein. Die Angehörigen hoffen, daß sie dem Kriegsbeschädigten hülfreich zur Seite stehen können, wenn er in der Heimat irgendeine Arbeitsstelle findet. Dem Interesse der Kriegsbeschädigten wird jedoch vielfach durch solche von Liebe-

vollstem Hilfsbedürfnis ausgehenden Vorschläge und Angebote nicht gebiert. Solche Angebote von Arbeitsstellen kommen häufig infolge des gegenwärtigen Mangels an Arbeitskräften oder auch aus der Absicht, eine billige Arbeitskraft zu erhalten. Wird dann bei Ablauf des Krieges der Arbeitsmarkt von den aus dem Felde heimkehrenden Millionen überschwemmt, dann verliert der Kriegsbeschädigte wieder die ihm früher fremde und während seiner Arbeitsfähigkeit nicht heimisch gewordene Stelle. Die Aufsicht über den Angehörigen obliegt, wird nicht immer getragen werden können, auch wenn die Liebe zu dem Kriegsbeschädigten nach wie vor die gleiche bleibt. Der Hilfsbedürftige steht dann allein. Es wird ihm, bei dem großen Mangel an Erwerbsmöglichkeiten, schwer, vielleicht unmöglich werden, einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Sein Leben ist verfehlt. Nichts wäre für ihn trauriger, als von der Rente allein leben zu müssen und sich nicht mehr als nützlich, durch Arbeit dem Ganzen dienendes Glied der Gesellschaft zu fühlen.

Es kommt nicht so sehr darauf an, daß der Kriegsbeschädigte schnell, sondern daß er dauernd, auch über die Kriegszeit hinaus, möglichst für sein ganzes späteres Leben Arbeitsgelegenheit erhält. Deswegen sollen die Kriegsbeschädigten nicht ohne genaue Prüfung Arbeitsstellen annehmen, die ihnen oft aus gutem Herzen, häufiger aus gewinnstüchtigen Absichten angeboten werden.

Die Kriegsbeschädigten müssen in erster Linie den Vorschlägen und dem Rat des behandelnden oder leitenden Arztes folgen und das Dazusetzen nicht verlassen, ehe die Heilbehandlung abgegeschlossen ist. Sie sollten die Vorschläge der Fürsorgestellen für ihre Berufsberatung beachten. Die Fürsorgestellen folgen dem Grundgedanken, den Kriegsbeschädigten möglichst in seine frühere Arbeitsstelle zu bringen, um ihm dort dauernde Arbeit zu sichern. Gelingt dies nicht, so soll ihm in seinem früheren Beruf Arbeitsgelegenheit verschafft werden. Mit den Berufsverhältnissen vertraut, der Tätigkeit seiner Arbeitskollegen sicher, wird er Freude an der Arbeitsleistung und Ausübung mit seinem Schicksal finden. Nur, wenn die Kriegsbeschädigung beides nicht ermöglichen läßt, soll die Erlernung eines neuen Berufes erfolgen.

Die Hilfe der Fürsorgestellen und der Berufsberater, sei es bei Unterbringung der Kriegsbeschädigten in ihrer früheren Arbeitsstelle, in ihrem früheren Beruf oder bei Erlernung eines neuen Berufes, erfolgt nicht, um eine Sitzung der Rente herbeizuführen, sondern dem Hilfsbedürftigen das Dazusetzen zu erleichtern. Dafür, daß den Kriegsbeschädigten aus den Kreisen ihrer Arbeitsgenossen geeignete Berufsberatung zuteil werden kann, ist Vorzorge getroffen.

Die Kriegsbeschädigten haben deshalb keine Ursache zu irgendwelchem Mißtrauen gegen die lediglich zu ihrem Nutzen geschaffenen Einrichtungen. Sie sollten insbesondere dann, wenn für ihr weiteres Fortkommen die Erlernung eines neuen Berufes oder die unter den veränderten Verhältnissen notwendige Anpassung an die frühere Berufstätigkeit sich notwendig macht, den guten Rat schätzen, die ihnen von Ärzten und sachverständigen Berufsberatern gegeben werden, vertrauensvoll Beachtung schenken.

Jedenfalls sollten sie auf Angebote in den Tageszeitungen oder auf Angebote von Arbeitsstellen unterdessen nicht eingehen, wenn sie nicht die Sicherheit haben, eine dauernde Arbeitsstelle zu erhalten. Vermögen auch die Fürsorgestellen solche nicht in allen Fällen zu beschaffen, so bleiben die Kriegsbeschädigten doch, wenn sie deren Vermittlung in Anspruch nehmen, mit diesen Hilfsorganisationen in Verbindung und finden in ihnen einen stetigen Rückhalt.

Berlin, den 2. Oktober 1915.

- Arbeitsgemeinschaft für das einseitige Angestelltenrecht.
- Soziale Arbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Angestellten.
- Deutscher Betriebsräteverband.
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
- Gewerband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
- Verband der Deutschen Gewerbetreibenden (S.-D.).

Krieg und Gewerkschaften.

Nach einem Jahr Krieg ist von den Gewerkschaften ein Ueberblick gegeben worden über ihre Leistungsfähigkeit und den gegenwärtigen Stand. Von allen Seiten werden die ungeheuren Leistungen in Unterstützungsweisen hervorgehoben. Gewiß sind rund 32 Millionen Mark für Unterstützungszwecke ungeheure Summen. Daß dadurch dem Staat und den Gemeinden erhebliche Lasten abgenommen wurden, wird auch allgemein zugegeben. Ob aber auch nach dem Kriege die Anerkennung noch anhalten wird?

Es fragt sich auch, ob den Gewerkschaften in ihren eigenen Reihen die Anerkennung gewollt wird, die ihnen gebührt. Das muß leider für einen Teil der Mitglieder, die nicht im Felde stehen, verneint werden. Wenn es auch als erfreulich hingestellt wird, daß nach einem Jahr Krieg die Gewerkschaften noch stark genug sind, um den noch kommenden Stürmen standhalten zu können, so muß es doch gesagt werden, daß es weit besser sein könnte. Wenn man in Betracht zieht, daß nahezu 11 Prozent der Mitglieder den Organisationen den Rücken gekehrt haben, so muß man doch nach den Ursachen fragen. Arbeitslosigkeit während der ersten sieben Kriegsmonate wird als ein Grund angegeben. Das war aber kein Grund zum Austritt. Die meisten Gewerkschaften bezahlten doch, nachdem ihre Mitglieder ausgespart waren, außerordentliche Unterstützungen bis auf die Dauer von sechs Monaten und noch länger; so auch unser Verband. Waren sie ausgespart und noch arbeitslos, so waren sie wieder sechs Monate beitragsfrei. Also zum Austritt war kein Grund vorhanden!

Ich habe in unserer Zeitschrift die Erfahrung gemacht, daß von den 500 Ausgetretenen, die wir seit Kriegsbeginn zu verzeichnen haben, 80 Prozent solche sind, die vom August 1914 bis März 1915 außerordentlichen Unterstützung bezogen haben. Die übrigen 20 Prozent sind solche, die noch nicht bezugsberechtigt, also noch kein Jahr Mitglied, oder arbeitslos waren. Allerdings waren von den 500 Ausgetretenen 350 weibliche Mitglieder. Von den Mitgliedern, die nicht arbeitslos wurden, somit Unterstützung nicht erhielten, sind nur 2 Prozent und wegen Einpöbelung der Kronenunterstützung waren bis zum 1. März nur 0,5 Prozent ausgetreten. Eine Aufstellung über die Ausgetretenen im dritten Quartal 1915 ergibt folgendes:

Ausgetreten sind 47 Mitglieder. Diese 47 Mitglieder bezogen zusammen 4352,20 Mk., bezogen an Unterstützung 8621,30 Mark, wovon mehr bezogen als eingezahlt 3669,10 Mk.

Nach diesen Erfahrungen, die auch bei anderen Zeitschriften und anderen Gewerkschaften gemacht worden sind, waren es nicht die hohen Unterstützungen, die ausschlaggebend waren, um die Gewerkschaften über Wasser zu halten, sondern es dürfte dazu die langjährige Zugehörigkeit der Gewerkschaften weit mehr beigetragen haben. Hier müssen wir also einsehen mit unserer Tätigkeit. Die Erfahrung zum Kronenunterstützen muß mit noch mehr Eifer bestritten werden.

Es ist geradezu ein Verbrechen, wenn Mitglieder, die sich hohe Summen an Unterstützung bezogen haben, dann auch noch von den Beiträgen, die ihre Kollegen, die im Felde stehen, mitbezahlen, jetzt, wo sie wieder Arbeit haben, der Organisation den Rücken kehren. Das sind egoistische im schlimmsten Sinne des Wortes, die nur auf ihren Vorteil bedacht sind, aber sich nicht darum kümmern, ob ihre Kollegen, wenn sie vom Felde zurückkehren, keine Kassen vorfinden. Im Kriege nennt man das Vorkriegsrecht und Feigheit, wenn ein Kamerad den anderen in der Gefahr und Not im Stich läßt. Das Verhalten unserer Mitstreiter verdient keine andre Bezeichnung. Peter K. S.

Neue Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung.

Die Tagespresse teilt mit, daß am 27. Oktober eine Konferenz des Reichstages mit den Vertretern aller Fraktionen des preussischen Abgeordnetenhauses stattgefunden hat. Ueber den Verkauf heisst es, daß die Konferenz mit dem Kanzler der Meinung war, daß energische Schritte getan werden müssen, um solche notwendigen Nahrungsmittel, deren Menge gegenüber dem Friedenszustand erheblich zurückgegangen ist, allen in möglichst gleichem Maße zugänglich zu machen. Auch bei den Kartoffeln, die in überreicher Menge geerntet sind, erbat man sich, daß weitere Maßnahmen zur Regelung der Marktverhältnisse ergriffen werden müßten, da die bisherigen nicht genügt hätten. Alle Anwesenden waren darin einig, daß wir mit unsern Vorräten für die Ernährung des deutschen Volkes versehen sind, daß es aber darauf ankommt, einer unsozialen Verteilung entgegenzuwirken und die Preise auf einer Höhe zu halten, die zwar der durch den Krieg hervorgerufenen Erschwerung der Produktion entspricht, aber auch eine ungerechtfertigte Lieberteurung der Bevölkerung vermeidet.

Einige Tage nach dieser Konferenz sind einige gegen die Teuerung gerichtete neue Verordnungen herausgekommen. Zunächst sind neue Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt. Die bisher als Entscheidungsspreise festgelegten hatten keine Geltung für den freien Verkauf und ließen überdies den Kleinhandel ganz unberücksichtigt. Nunmehr ist bestimmt, daß alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern verpflichtet sind, Höchstpreise für den Kleinhandel festzusetzen. Kleinere Gemeinden sind dazu berechtigt. Die Höchstpreise dürfen die Anfangs- oder festgelegten Produzenten-Grundpreise, die zwischen 2,75 und 3,05 Mk. pro Zentner schwanken, um höchstens 1,30 Mk. pro Zentner übersteigen. Der Höchstpreis im Kleinhandel wird also, je nach den Landespreisen, 4,05 bis 4,35 Mk. pro Zentner betragen. Dieser Preis ist zweifelsohne angelehnt an den reichlichen Kartoffelernte viel zu hoch. Immerhin stellt er eine gewisse Verbesserung dar gegenüber dem bestehenden Zustande. In den letzten Wochen war es nämlich in manchen Gegenden überhaupt kaum noch möglich, Kartoffeln zu erhalten. In anderen waren sie schon auf 5 bis 6 Mk. für den Zentner hinaufgetrieben. Die neue Verordnung gibt weiter den Kommunalverbänden das Recht, bei allen Landwirten, die mehr als 1 Hektar Kartoffeln angebaut haben, 20 Prozent der Ernte für ihren Bedarf zu enteignen.

Eine weitere Verordnung hat den Zweck, eine Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs herbeizuführen. Bei der Arbeiterbevölkerung ist das allerdings nicht mehr nötig; die muß ohnehin schon, infolge der erstickend hohen Preise, viel mehr Einschränkungen vornehmen als der Genußbevölkerung und dem Wohlstand zuträglich sind. Um so mehr wäre es allerdings zu begrüßen, wenn nunmehr auch den Besitzenden einige Einschränkungen auferlegt würden. Jedoch hat die Verordnung diesen Erfolg nur in sehr begrenztem Umfange. Sie bestimmt zunächst, daß vom 1. November an zwei Tage in der Woche, nämlich Dienstags und Freitags, Fleisch, Fleischwaren und Fleischspeisen nicht gewerbsmäßig an Verbraucher verkauft werden sollen. Also es darf kein Fleisch verkauft werden. Aber es darf gegessen werden. Aber also Dienstags und Freitags nicht kochen will, holt sein Fleisch Montags und Donnerstags. Nichts ist leichter als das. Besonders im Winter, wo das Fleisch ja nicht verdirbt. Diese Bestimmung ist also gar keine Beschränkung für die, die Geld haben, um Fleisch kaufen zu können. Ferner dürfen Wirtschaften aller Art Sonnabends kein Schweinefleisch und Montags und Donnerstags Fleischspeisen nicht gekaut, gebaden oder geschmort, sondern nur gekocht verabfolgen. Damit will man Fett sparen. Nun ist aber ein ähnliches Verbot für die Privathaushalte nicht ausgesprochen. Es wird nur von den bemittelten Kreisen erwartet, daß sie sich willig entsprechende Beschränkungen in der Verwendung von Fleisch und Fett selbst auferlegen werden. Wir sind überzeugt, daß die übergroße Mehrzahl der Besitzenden auf diese Mahnung hören wird. Infolgedessen wird die ganze Anordnung weniger wirken als der bekannte Tropfen auf den heißen Stein. Wollte man wirklich eine soziale Verteilung der vorhandenen Fleisch- und Fettvorräte erzielen, so hätte man Fleisch- und Fettkarten einführen müssen, die den Bezug nach ähnlichen Grundsätzen regeln, wie die Brotverteilung geregelt ist.

In Aussicht genommen ist eine Bundesratsverordnung, die Höchstpreise für Hühner und Wild vorsieht. Gerabgezeigt sind von der Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft die Preise für Kartoffelflocke, Kartoffelflockenmehl und für Trockenkartoffeln.

Ebenfalls vom 1. November an gilt eine Bekanntmachung des Reichskanzlers über Höchst- und Mindestpreise für Butter. Danach beträgt der Preis für Butter, den der Hersteller beim Verkauf im Großhandel frei Berlin einschließlich Verpackung zu zahlen kann (Grundpreis), bis auf weiteres für Handelsware I höchstens 240 Mk., für Handelsware II höchstens 230 Mk., für Handelsware III höchstens 215 Mk. und für abfallende Ware höchstens 180 Mk. für je 50 Kilogramm. Der Zuschlag für den Weiterverkauf darf höchstens betragen: beim Verkauf im Großhandel 4 Mk. und im Kleinhandel 11 Mk. auf je 50 Kilogramm. Der Preis für den Kleinhandel wird also 2,55 Mark für das Pfund das beste Ware nicht übersteigen dürfen. In den verschiedenen Wirtschaftsgebieten können, den besonderen Marktverhältnissen angemessen, die Landesregierungsbehörden mit Zustimmung des Reichskanzlers entsprechende Abweichungen von den vorgenannten Preisen anordnen. Gegenüber den Phantasiereisen um die Mitte des Oktober bedeuten diese Höchstpreise gewiß eine Herabsetzung; gemessen an den Butterpreisen in Friedenszeiten — die doch gewiß nicht niedrig waren — sind sie ganz außerordentlich hoch. So hoch, daß ein großer Teil der Arbeiterbevölkerung vom Butterkauf fast ausgeschlossen ist. Das ist besonders deshalb bedauerlich und bedauerlich, weil zugleich alle anderen Preise und Warenpreise ganz ungeheuerlich im Preise gestiegen sind. Hätte die Regierung nicht erst die Dinge treiben lassen, bis sie nicht nur zum Stande gekommen, sondern direkt zu Skandalen führten, so hätte sich ja wohl ein niedrigerer Butterpreis festlegen lassen. Was jetzt geht, weil es unter dem Zwange der Verhältnisse gehen muß, wäre auch vor drei Monaten oder noch früher möglich gewesen. Nur mit dem Unterschied, daß dann die Buttererzeuger nicht so ungeheuerlich hohe Preise erhalten und die Verbraucher nicht gar so blutig geschrien würde.

So ist es aber nicht nur mit der Butter, sondern bei fast allen Maßnahmen der Regierung geschehen. Sie kommen zu spät, oder sie sind ganz unzulänglich. Das erkennt selbst ein Teil der überredeten Presse unumwunden an. So schrieb die „Kölnische Volkszeitung“, ein Zentrumsblatt, am 23. Oktober:

„Gewiß, es ist mancherlei geschehen. Es ist schon ein stattliches Bündel von Verordnungen herausgekommen, und verschiedene Maßnahmen einschränkender Art sind getroffen worden. Aber bei all diesen Maßnahmen hat das Volk den Eindruck, daß jedes Eingreifen zugunsten der Beschaffung der Lebensmittelpreise der Regierung förmlich abgezwungen werden mußte. Man hat im Volke die Empfindung, als ob an der entscheidenden Stelle gegen alle Maßnahmen passive Resistenz gezeigt worden ist, so lange wenigstens, bis der Reichskanzler mit aller Entschiedenheit eingriff, und bis es zu den bitteren Vorlesungen gekommen war, die wir dem Volke und der Regierung hätten empfohlen können. Allgemein herrscht bei den Maßnahmen der Regierung in der Lebensmittelversorgung der Eindruck: Zu spät. Inzwischen wächst die Mißgunst, trotz jenes des Mißtrauens und die Beschützung in immer weiterem Maße hinein, während in immer breiteren Kreisen des Volkes die Empfindung wächst.“

Das ist richtig, daß der Butterpreis erst auf über 3 Mk. steigen und die Buttererzeuger bereits 4 Mk. anforderten, ehe die Regierung eingriff. Das ist richtig, daß die Mißgunst nicht ihre jetzige Höhe erst erreicht hätte, ehe die Regierung eingriff. Wenn nämlich erst der gewöhnliche Preis der normalen Zeiten erreicht ist, dann kommt die Empfindung der Höchstpreise zu spät und führt zu Härten. Die ganze übrige Teuerung der Lebensmittel, die Teuerung der Industriepreise, vom Eßig und Leder angefangen bis zum Papier und zur Seife, wird dem Reichsamt des Innern überhaupt ignoriert.“

Genau so ist es auch mit der „Frankfurter Zeitung“, die ganz offen den Wunsch äußert, daß aus Rücksicht auf die Produzenten Preissteigerungen so lange hinausgeschoben werden, bis nur noch eine Preisregelung möglich ist, die die Verbraucher zugunsten der Landwirte ungeschädigt behält. Als Beispiel führt das Blatt die Regelung der Butterpreise an. Da habe man den Preis durch die Teuerung im zentralen

Auslande erst auf eine Phantasielhöhe hinaufgehen lassen, um ihn dann auf einen Satz zu ermäßigen, der noch vor kurzem allgemeine Enttäuschung erregt hätte. In Bayern seien Produzentenhöchstpreise von 160 und 170 Mark festgesetzt worden, und Fachleute hätten anerkannt, daß dieser Preis für ganz Deutschland angemessen sei. Das Wort sagt dann: „Gegen den äußeren Feind steht unser Will geschloffen wie ein Mann. Aber in vielen Herzen sammelt sich ein Groll über das, was dasheim als unbillig, als ungerecht und ungerechtfertigt empfunden wird.“

Derselben Auffassung gibt Edeon Gum in „Simplicissimus“ Ausdruck, wenn er elegisch reimt:

„Als ich kürzlich in die Zeitung guckte, fand ich in betreff der Milchprodukte, wie's auch hier konstant nach oben geht, so daß also nunmehr demgemäß selbst den sogenannten Preisklässe Größenmaß den schlichten Blusen bläht.“

„In des Landmanns feinsten Händen will die große Schraube nicht mehr enden, die am Ende seiner Röhre beginnt. Allerdings, so muß ich gleich ergänzen, zieht der Staat den Höhenorange Grenzen, wie man gleichfalls in der Zeitung findet.“

„Doch Tarife pflegen gern zu kommen, wenn bereits ein Maximum erklommen. Und was helfen sie dann mir und dir? Ach, wie oft beschirmen die Erlässe nur noch die Produkte vor der Masse, gleichsam als ein Butterbrotpapier!“

Kartoffeln und Kohlen für die Kriegerfamilien!

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei haben dem Reichskanzler am 27. Oktober folgende dringliche Forderungen unterbreitet:

„Die den Angehörigen der Kriegsteilnehmer zugebilligte Erhöhung der Unterstützungssätze steht in keinem Verhältnis zu den Preissteigerungen aller Lebensmittel. Die bei weitem große Mehrzahl der Kriegerfamilien sieht mit den schlimmsten Befürchtungen den kommenden Wintermonaten entgegen.“

Woher sollen sie das Geld nehmen, um ausreichende Nahrungs- und Heizmittel, Kleidung, Wäsche und Schuhe für sich und ihre Kinder zu beschaffen?

Zweifellos könnte von den Familien der Kriegsteilnehmer wenigstens eine sehr schwere Sorge genommen werden, wenn man ihnen für die Wintermonate November, Dezember, Januar, Februar und März die Kartoffeln und Kohlen auf Kosten des Reichs liefert. Das wird eine nicht unerhebliche, indes im Verhältnis zu den gewaltigen Kriegskosten geringfügige Summe erfordern; aber gleichviel wie hoch der Betrag sein wird, der für den erwähnten Zweck ausgegeben werden müßte — wir sind es den Familien derer, die nun schon 15 Monate lang Hungerlötchen an Strapazen und Entbehrungen geleistet haben, schuldig, nach Möglichkeit für sie zu sorgen.

Wir müssen tun, was wir irgend können, um den Familien der Krieger Heizmaterial und ausreichende Nahrung zu verschaffen. Die Kartoffel ist für die minderbemittelten Volkskreise neben dem Brot das wichtigste Nahrungsmittel. Nach einer überaus reichlichen Ernte haben wir sie glücklicherweise in großer Menge zur Verfügung.

Kein Volksvertreter kann gegen eine Forderung sein, durch die die schlimmsten Sorgen von Weib und Kind unserer Truppen bis zu einem gewissen Grade gemildert werden. Die Frauen werden aufatmen, werden mit etwas weniger Sorge dem Winter entgegensehen.

Bezugsberechtigt müßten alle Angehörigen des Heeres und der Marine sein, soweit ihnen die vom Reich geregelte Unterstützung zusteht.

Was die Lieferung von Kartoffeln betrifft, so müßte für jede erwachsene Person eine bestimmte Menge bewilligt werden, ebenso für jedes Kind, das ein bestimmtes Alter erreicht hat.

Wir sehen davon ab, über die Durchführung unserer Vorschläge an dieser Stelle Einzelheiten vorzutragen; sie wird sich mit Hilfe der Gemeinden leicht regeln lassen.

Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß unsere Anregung baldigste Berücksichtigung findet. Sie ist diktiert von der Absicht, das Los der Frauen und Kinder zu erleichtern, deren Männern und Vätern das Reich zu unermeßlichem Dank verpflichtet ist.“

Aus der Industrie

Preissteigerungen — Lohnerhöhungen.

Gewaltige Umwälzungen im gesamten Wirtschaftsleben Deutschlands hat der heute noch tobende Weltkrieg zur Folge gehabt. Soweit die Nützlichkeitsindustrie und andre für Heeresbedarf tätige Werke in Frage kommen, bedeuten die Kriegsjahre eine Zeit goldener Ernte. Die Erzeuger, Verarbeiter und Verkäufer von Nahrungs- und Genussmitteln haben es teilweise meisterhaft verstanden, auf Kosten der Allgemeinheit hohe Gewinne einzuharfen, den Konsumenten Wucherpreise für ihre Waren abzumachen und sich so auf Kosten der Armen und Ärmsten und, was am verwerflichsten ist, auf Kosten der armen Familien unsrer im Feindeslande stehenden Vaterlandsverteidiger ungehörig zu bereichern.

Weniger gewinnbringend gestaltete sich die Arbeit der weiterverarbeitenden Industrien, besonders jener, die ihre Rohstoffe aus dem Auslande bezogen oder ihre Fertigprodukte in größerem Maßstabe im Auslande absetzten. Zu den letzteren gehören auch viele Betriebe der Papierindustrie. Doch verstanden es diese Unternehmer ausgezeichnet, durch Preissteigerungen einen Ausgleich für die durch Betriebseinschränkungen, Preissteigerungen der Rohstoffe und teilweise Gewährung von Teuerungszulagen an die Arbeiter verminderte Rentabilität ihrer Werke herbeizuführen. Auf sämtliche Papierarten wurden Preissteigerungen von 5 bis zu 20 Prozent durchgedrückt. Nachdem die Papeterindustrie schon einen Preisaufschlag von 15 Prozent hat eintreten lassen, machen sich bereits wieder Stimmen bemerkbar, die für die nächste Zeit weitere Preissteigerungen in Aussicht stellen. Diesmal wird als Grund der Preissteigerung angeführt, daß die Papierfabrikanten angeblich beschuldigt, die gesamte Papiererzeugung während der Kriegszeit auf Zeitungspapier zu beschränken. Dieser Bluff ist zu hart, um nicht sofort als solcher erkannt zu werden. Selbst wenn ein derartiger Beschluß zustande käme, könnte es sich nur um die Firmen des Zeitungspapierhandels beziehen, niemals aber auf die gesamte

Bapierfabrikation. So weit ist die Freundschaft unter den Papierfabrikanten noch nicht gediehen, daß die übrigen Fabrikantengruppen ihre Papiermaschinen abstellen, auf denen sie überhaupt nicht oder doch nur unter großen Schwierigkeiten Zeitungsdrukpapier herstellen können, zumal auch kein ersichtlicher Grund zu einer solchen Handlungsweise vorliegt. Die Druckpapierfabrikanten, die ihre Maschinen selbst nicht voll ausnutzen können, werden eine weitere Kontinenz kaum herbeiführen; die übrigen Fabrikanten haben bei der jetzigen Produktionsmöglichkeit noch keinen direkten Rohstoffmangel, zumal es möglich ist, mehrere Papierforten aus Zell- und Lumpenstoff durch Holzschliff zu ersetzen und den Rohstoff der besseren Papierforten durch Weigebrot aus Holzstoff zu ersetzen. Der „Tapetenartikel“ hätte sich also diesen Bluff in Nr. 17 der „Zapete“ ruhig ersparen können. Immerhin ist dieses Beispiel nicht uninteressant; zeigt es doch, daß viele Unternehmer kein Mittel scheuen, um ihre Lohnforderungen durchzubringen.

Entschieden weniger Bewilligungseifer zeigen verschiedene Unternehmer bei Lohnforderungen der Arbeiterschaft gegenüber, obwohl auch deren Rohstoffe — Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände — gewaltig im Preise gestiegen sind. Anstatt der Arbeiterschaft durch Gewährung von Teuerungszulagen entgegenzukommen, hängen diese Unternehmer das Wohlfahrtsmännchen um und versuchen es so hinzustellen, als ob mir die Sorge um die Arbeiter sie veranlasse, selbst unrentable Betriebe im Gange zu halten. Wir haben in der letzten Zeit auf mehrere solcher Fälle im „Proletarier“ hingewiesen. Nicht nur wir, sondern auch die andern Gewerkschaftsrichtungen haben in dieser Beziehung recht betrübende Erfahrungen unter dem Reichen des Burgfriedens gemacht. Die „Gewerkschaftsstimme“ Nr. 18 bringt den ablehnenden Bescheid, den die Arbeiter der Simonschen Zellulosefabrik in Kehlheim von ihrer Direktion erhielten auf ihr Ansuchen um Gewährung einer Teuerungszulage. Die Arbeiter dieser Firma erhalten Tagelöhne von — bitte, Leser, erschrecke nicht! — 2,20 bis 2,60 Mk. für zehnstündige Arbeitszeit; in einer Zeit, wo der Lebensmittelwucher in einer seit Menschenaltern noch nie dagewesenen Wüste steht. Durch die Bezirksleitung des christlichen Arbeiterverbandes haben die Arbeiter die Bitte um Gewährung einer Teuerungszulage an die Direktion des Betriebes gerichtet, worauf ihnen u. a. folgende Antwort zuteil wurde: „Unsern Betrieb halten wir nur aufrecht, um die uns noch verbleibenden Arbeiter nicht brotlos werden zu lassen.“ Aus reiner Menschenliebe beschäftigt dieselbe Firma wahrscheinlich auch seit Ende Juni 40 gefangene Russen; natürlich ebenfalls nur, um dieselben nicht brotlos werden zu lassen. Als trotzdem einige Arbeiter die Kühnheit besaßen, eine Lohnzulage zu fordern, um ihre zahlreiche Familie leichter ernähren zu können, erhielten sie — nach der „Gewerkschaftsstimme“ — folgende für die Zustände im „Neuen Deutschland“ recht bezeichnende Antwort: „Schämen Sie sich, in der so ernsten Zeit eine Zulage zu verlangen.“ Ob die Arbeiterschaft dieses Betriebes unter solchen Verhältnissen den wohlgemeinten Aufruf des Papierindustrievereins-Vorsitzenden, Kommerzienrats Max Krause, ihre schlüssigen Gelder mit Hilfe der Unternehmer in Kriegsanleihen anzulegen, noch beherzigen kann, erscheint kaum noch fraglich. Erfreulicherweise ist die Stellungnahme der Simonschen Zellulosefabrik gegen die Forderung der Arbeiter nach Gewährung von Teuerungszulagen nicht Gemeingut der deutschen Papierindustrie geworden. Eine Anzahl Unternehmer haben die berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter anerkannt und denselben Rechnung getragen; viele stehen aber noch abseits und heimfen in aller Ruhe die von den Konsumenten getragenen Preiserhöhungen ein, ohne an eine Erhöhung der im Kaufwerte gesunkenen Arbeiterlöhne zu denken. Diese Unternehmer sollten nachdrücklich an ihre patriotische Pflicht erinnert werden, die sie dem Vaterlande gegenüber auch dadurch zu erfüllen haben, daß sie durch Bezahlung ausreichender Löhne der Arbeiterschaft das „Durchhalten“ in der Kriegszeit ermöglichen. Die Unternehmer sollten von selbst auf die Zahlung angemessener Arbeiterlöhne achten; tragen doch elende Löhne einen wesentlichen Teil zur Blüte der Schmuckkonkurrenz bei, jener Krankheit, deren Bekämpfung einsichtigen Männern der deutschen Papierindustrie seit Jahren am Herzen liegt.

Vor allem muß aber die Arbeiterschaft selbst für die Erreichung und Erhaltung ausreichender Löhne sorgen. Nach besteht keine Aussicht, daß dieses gewaltige Völkerringen ein

halbiges Ende erreicht; wohl aber ist die Befürchtung berechtigt, daß bei noch längerer Dauer des Krieges die Lebensmittel, besonders die vom Ausland eingeführten, weiter im Preise steigen werden. Selbst nach Beendigung des Krieges ist kein Sinken der Lebensmittelpreise zu erhoffen, wohl aber muß mit einem stärkeren Anziehen der Steuerschraube und mit einer eventuell längere Zeit anhaltenden Wirtschaftskrise gerechnet werden. Da heißt es bei Zeiten vorbeugen, daß die Lage der Arbeiter nach Beendigung des Burgfriedens nicht durch Lohnreduzierungen noch verschlechtert wird. Wenn unsere kampfesmutigen Freunde nach Beendigung des Krieges den heimatischen Boden wieder betreten, dann sollen sie nicht nur die Verhältnisse angepackte Ähne, sondern auch einen kampfbereiten Industrielandsturm vorfinden, der bereit ist, mit den heimkehrenden Brüdern auch im wirtschaftlichen Kampfe die Fahne der Arbeiterkollektivität von Sieg zu Sieg zu tragen. Dazu ist es aber nötig, daß die in der Heimat zurückgebliebenen Papierarbeiter für ihre Organisation wirken und werden und den letzten Berufsgenossen ihrer Berufsorganisation, dem „Fabrikarbeiterverbande“, als Mitglied zuführen. G. St.

Tagung der Capetenfabrikanten in Berlin.

Unzähllich kommen die organisierten Capetenfabrikanten und Capetenhändler zusammen, um ihre wirtschaftliche Lage zu besprechen. Die diesjährige Versammlung tagte am 17. Oktober im Hotel „Ergelstor“ in Berlin. Wohl die wichtigste Frage war die Einführung der zweijährigen Musterkarten. Wasgenlang vorher hatten sich in den Unternehmerorganen die Freunde und Gegner der zweijährigen Karte die Finger gewaschen, um für ihre Ansichten Propaganda zu machen. Das Schicksal der Musterarbeiter, Zeichner, Formstecher und Reisenden, die bei der einjährigen Karte als Saisonarbeiter schon keine günstige Existenzmöglichkeit hatten, wurde von den Freunden der zweijährigen Karte mit dem Hinterrücken abgesehen, die Capetenentwürfe und -ausführungen mühten künstlerischer gestaltet werden und würden deshalb auch längere Zeit in Anspruch nehmen; im übrigen mühten die Arbeitergruppen ihre „Kunst“ nicht an dem Erwerbssweigen zuwenden. Einer „Kunstweiser“ Entlohnung dieser Arbeitergruppen haben die Anhänger des neuen Systems das Wort noch nicht geredet. Bei der heutigen Entlohnung mühten sich aber diese Arbeiter im „Weltkriegsjahr“, wie das Jahr bei Ausfall der Musterarbeiten von einem Zeichner gekauft wurde, zu „Hungerlinslern“ auszubilden; oder sich an dem Erwerbssweigen zuwenden.

Auf dem Verbandstage war über diese Frage auch noch keine Einigung zu erzielen, weshalb sie einer aus Händlern und Fabrikanten bestehenden Kommission überwiegen wurde, die mit festen Vorschlägen an die Organisationsherren trat. Mittlerweile erfreuen sich die neuen Musterkarten der sogenannten freien Fabrikanten beim Publikum einer großen Beliebtheit und werden gegenüber dem alten Stamme immer mehr bevorzugt. Dadurch wird die „goldene Brücke“, die die Capetenmänner früher (München) und Kummel (Berlin) zwischen den widerbeständigen Fabrikantengruppen aufzuschlagen gedachten, erst recht nicht passierbar. Die Vorschläge des Nürnbergers Capetenhändlers Pelletier, an Stelle der vom Vorstand geleiteten Organisation eine „von den Organisationsmitgliedern geleitete Vorstandsgesellschaft“ zu setzen, um so den abtrünnigen Brüdern den Beitritt zur Organisation zu ermöglichen, fanden bei den Verbandsfabrikanten keinen freundlichen Widerhall.

Mehr Interesse beluubeten die Verbandsfabrikanten dem Vorschlage, eine weitere Preiserhöhung einzutreten zu lassen. Es kam eine Einigung zustande, einen weiteren Preisaufschlag von 15 Prozent einzutreten zu lassen, so daß die Preise seit Kriegsausbruch um 30 Prozent erhöht wurden. Hieron sollen 25 Prozent auf die Schultern der Konsumenten abgewälzt werden. Ob die Kaufleute die Preiserhöhungen mitmachen werden, ist noch sehr fraglich, zumal nur ganze 80 Capetenentwürfe aus den Fabrikanten- und Händlervertagungen die Versammlung besetzt hatten.

Mindestens ebenso nötig ist eine Preiserhöhung für die Arbeitskraft der Capetenarbeiter, deren Betriebsrohstoffe von den Lebensmittelwuchern gleichfalls verteuert wurden. Hoffentlich bergehen die Capetenfabrikanten bei der Verteilung ihres erhöhten Gewinnes ihre Arbeitslöhne nicht. G. St.

Das Bleiweißverbot.

Am 25. Oktober dieses Jahres ist eine Verordnung des Bundesrats in Kraft getreten, nach der es verboten ist, die Außenseiten von Häusern sowie Mauern oder Säune mit Farben anzustreichen, zu deren Herstellung Bleiweiß und Leinöl verwendet werden. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Gefängnis bestraft.

Das Verbot ist nicht erfolgt aus Rücksicht auf die Gesundheit der bei der Herstellung und Verarbeitung der Bleifarben beschäftigten Arbeiter, sondern nur deshalb, weil die für die Herstellung der Bleifarben erforderlichen Rohstoffe, vor allem das Leinöl, knapp werden. Nicht der Arbeiterschutz, sondern der Schutz der Rohstoffe ist Zweck der Verordnung.

Doch diese Zwecksetzung begrenzt nicht die Wirkung. Praktisch erfüllt das Verbot eine Forderung, die schon oft und schon lange

von den beteiligten Arbeitern und von einsichtigen Sozialpolitikern erhoben wurde.

Die Bleiweißherstellung ist einer der gesundheitsgefährlichsten Zweige der an Gefahren nicht armen chemischen Industrie. Zu Hunderten und zu Tausenden wurden die Arbeiter in diesen Betrieben vergiftet. Eine bergehohe Literatur ist vorhanden, in der die Gefahren der Arbeit bei der Bleiweißherzeugung untersucht werden. Zahlreiche richtiger unzählige Vorschläge zur Abhilfe bzw. Herabminderung der Gefahren sind gemacht worden. Ein Teil der Vorschläge ist durch Bundesratsverordnungen Gesetz geworden, ohne doch mehr zu erreichen als die Beseitigung der allergrößten Missetände und allergrößten Gefahren.

Mit der Erzeugung im Betriebe wären die Gefahren für die Arbeiterschaft nicht zu Ende. Die Weiterverarbeitung der giftigen Farben gefährdete die Maler und Anstreicher in hohem Grade. Der Verband der Maler führt schon seit mehr als zehn Jahren einen entschiedenen Kampf gegen die Verwendung von Bleifarben wegen der schlimmen Gesundheitsgefahren, die diese zur Folge haben. Ist doch amtlich festgestellt, daß 21 Prozent aller Erkrankungen der Arbeiter des Maler- und Anstreicher-Handwerkes auf Bleivergiftungen zurückzuführen sind, als deren Begleiterscheinungen oft schwere Körpererkrankungen, Schüttelrütteln bis zu völliger Erblindung, Gelenkaffektionen, Gicht, Nierenleiden, Neurasthenie, Epilepsie, Magen- und Darmkrankheiten hervortreten.

Die Bleivergiftung war und blieb trotz aller Abhilfemaßnahmen eine der häufigsten und gefährlichsten Berufskrankheiten.

Nichts lag näher, als daß versucht wurde, für die so gefährlichen Bleifarben einen ungefährlichen Ersatz zu schaffen. Lange schien es, als ob das nicht gelingen wollte. Noch heute sind fast alle Bleifarbenfabrikanten, viele Maler und auch manche Hygieniker der Meinung, daß ein vollwertiger Ersatz für Bleifarben noch nicht gefunden sei.

Solchen Urteilen stehen viele andre gegenüber. Die Organisation der Maler, deren gesammelte Erfahrungen gewiß Anspruch auf Beachtung haben, stellt fest, daß ein immer größer werdender Teil der Unternehmer schon längst kein Bleiweiß mehr verbraucht, und versichert, es unterliege heute keine Zweifel mehr, daß das Bleiweiß entbehrlich sei. Zahlreiche Hygieniker und sonst an dieser Frage interessierte Personen und Körperschaften versichern gleichfalls, daß Bleiweiß durch andre Stoffe, wie Zinkweiß, Lithoppon usw., ersetzt werden könne, und daß die Forderung der Erzeugung bzw. die Verwendung von Bleiweiß völlig zu unterlagen, durchaus berechtigt sei.

In einigen Staaten besteht schon lange ein teilweises Verbot der Verwendung bleihaltiger Farben. In Frankreich ist schon seit mehr als 10 Jahren die Verwendung von Bleiweiß bei öffentlichen staatlichen Bauten untersagt. Etwa 400 Gemeindeverwaltungen — darunter fast alle größeren Orte — haben die Verwendung auch bei häuslichen Bauten gleichfalls verboten. In Belgien bestand ein ähnliches Verbot, und in der Schweiz ist seit etwa 10 Jahren die Verwendung bleifreier Farben bei öffentlichen Bauten vorgeschrieben. In Deutschland ist eine ähnliche Beschränkung als Abschlagszahlung auf ein völliges Verbot nicht nur von den Arbeiterorganisationen, sondern auch von Hygienikern und arbeiterschutzfreundlichen Vereinen gefordert worden. Schon 1904 forderte die Gesellschaft für soziale Reform in einer Petition an den Bundesrat neben andern Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter ein teilweises Verwendungsverbot. Einige Reichsbehörden sind dem auch gefolgt, eine allgemeine Regelung blieb jedoch aus.

Nun hat der Krieg ein völliges Verwendungsverbot gebracht. Wir sind überzeugt, es wird gehen. Das Nachbatterbot für Bäderereien wurde früher auch als unbrauchbar, als der Ruin des Bädergewerbes bezeichnet. Als es galt, während des Krieges das Getreide zu strecken, wurde es trotzdem ausgesprochen, und heute ist selbst die Mehrzahl der Bädermeister für die Nachtruhe. So wird es voraussichtlich auch beim Bleiweiß sein. Wenn wirklich die Ersatzfarben noch nicht vollwertig sind, so werden die Wissenschaft und die Praxis sehr eifrig an ihrer Vervollkommnung arbeiten, sobald ein Zurückgreifen auf das Bleiweiß nicht mehr möglich ist. Es wird ähnlich so gehen wie bei den Streichhölzern. Als die schwedische Regierung 1870 äußerst weitgehende und streng durchgeführte Schutzmaßnahmen gegen die Phosphorvergiftung traf, stellten

Eine Fahrt in die Eifel.

„In Lössheim i. d. Eifel werden für eine Krinitonfabrik Arbeiter gegen hohen Lohn gesucht.“ So las ich eines Tages in der „Vergiftigen Arbeiterstimme“ in einem Inserat. Da nun gerade in meiner bisherigen Arbeitsstelle infolge einer größeren Explosion längere Arbeitsunterbrechung einzutreten drohte und ich auch einer von denen bin, die ihre Arbeitskraft so teuer als möglich verkaufen möchten, so entschloß ich mich kurzerhand, nach Lössheim zu machen. Von Kupperberg bis Köln und von da bis Eifelheim ging die Sache ganz gut per Bahn und zweimal zweiter Klasse. In Eifelheim mußte ich wohl oder übel vier Stunden Aufenthalt nehmen, denn nach der Richtung, wo die Fabrik lag, gehen nur zwei Züge am Tage. Die Minuten wurden zu Stunden, und so kam die Abfahrtszeit doch heran, wo es mit der Himmelsbahn nach Hallschlag, das sogar einen Bahnhof hat, abging. Meine Eindrücke während der Fahrt will ich lieber nicht berühren, nur so viel sei gesagt, daß ich nach der vierstündigen Fahrt müder war, als wenn ich 24 Stunden gefahren hätte.

Hallschlag! Ein ganz welterlorenes Eifelörfchen, wo ein Fremder von jedermann angeglockt wird, als wenn er von einem andern Planeten käme; sogar die Kuhwägen hielt mit dem Mecken im, um den „Fremdling“ anzufahren. Da es schon Abend war, ging ich in die einzige Wirtschaft und fragte bei einem Glase Bier, wo denn die „Fabrik“ läge. Nach 1/2 Stunden zu Fuß! Keine Wägen, dachte ich. Doch ich war ja im Hofhof und so entschloß ich mich, hier zu bleiben und am nächsten Tage zur Fabrik zu gehen. Aber mit des Schicksals Rädern und dem Missetände der Wirtin hatte ich nicht gerechnet. Wir behielten keinen Fremden über Nacht, wir sind von zuverlässiger Stelle gewarnt worden, besonders vor Fremden.“ Das die Antwort der Wirtin. Ein andres Unzkommen gab's nicht, und so mach' ich mich, trotz der vorgerückten Stunde, auf den Weg zur „Fabrik“.

In 50 Minuten hatte ich's geschafft. Ich trat am Fabrikeingang in eine Kantine und legte dem Verwalter mein Anliegen dar, daß ich übernachten und morgen früh anfangen wollte zu arbeiten. Der Verwalter machte mir klar, daß ich mich in „Kasino für Angestellte“ befinden, und verwies mich nach der Arbeiterkantine. Dort ging es sehr laut zu bei Flaschenbier und Bierharmonika; alle war vornehmende deutsche Dialekte konnte man da hören. Der Schlammwägen für Arbeiter war doch mit meinem Anliegen bekannt gemacht, aber ich blühte wiederum ab; der Wirt wollte mich nicht übernachten lassen, weil ich von der Fabrik noch nichts eingestellt sei. (Bei meinem Antritt um 8 1/2 Uhr waren die Bureau geschlossen.) Nun war guter Rat teuer. Kurz entschlossen ging ich über den Fabrikhof, ohne von dem Militärposten angehalten zu werden, auf

eine Tür zu, durch welche ein Heizer sichtbar war, der an einem Kesselfeuer hantierte. Der Mann beachtete mich nicht einmal, — vermutlich war er der Auffassung, ich gehe zur Nachschicht. — Und da ich die dort stehenden Apparate launete, breitete ich hinter einem derselben einige dort herumliegende Säcke aus, bemühte mein Bündel als Kopfkissen, und da es warm und ich müde war, schlief ich den Schlaf des Gerechten, ohne auch nur einmal geföhrt zu werden. Am Morgen gegen 8 Uhr trod ich aus den Federn — wollte sagen Säcken — und melbete mich beim Meister. Beim Ueberstreifen des Hofes mußte man aufpassen, daß man nicht den Hals brach; so viel Gerampel lag da in wirrem Durcheinander. „Schön“, jagte der Meister. „Sie können gleich hier bleiben; geben Sie da vorn am Spindel ihre Papiere ab und lassen Sie sich einen Schein geben für die Menage!“ Das war leichter gesagt als getan, denn beim näheren Durchgehen meiner Papiere vermißte ich meine Fabrikkarte. Ohne diese wurde ich nicht angenommen. Man verweigerte mir nach dem Bürgermeisteramt in Hammerichlag, das mit einer Bescheinigung ausstellen sollte, womit ich vorläufig ohne Karte arbeiten konnte. Jetzt ging's wieder 1/2 Stunden gerad nach Hammerichlag zum Amt. Nach 1 1/2 stündiger Wartezeit erschien ein Jemand, dem ich mein Anliegen vortrug. „Das wird nicht gehen mit der Bescheinigung, besonders da Sie fremd sind. Wir müssen uns hüten vor Spionen usw., und übrigens ist der Herr Bürgermeister bereits und kommt heute nicht zurück.“ Was nun tun? Meine Erlaubnisse der letzten zwei Tage überbensend, jagte ich den Entschluß, wieder abzureisen, und ging zum Bahnhof. Nach dreistündigem Warten kam das „Zug“, das mich nach qualvoller Fahrt wieder nach Eifelheim brachte, von wo ich über Köln nach Kupperberg besseren Anschlusses hatte. Die dreitägige Tour nach Lössheim in der Eifel wird mir noch lange im Gedächtnis sein.

Vielleicht ist diese Schilderung manchem eine Lehre, beim Aufsuchen von Arbeit nach Inseraten vorsichtig zu sein. Man kann sehr hüpfen und sehr „teure“ Erfahrungen dabei machen.

Auf der Kriegsfürsorge.

Unauffällig quiescht die schwere, alte Eisenkiste des Rathhauses; ist doch wieder Auszahlung der Kriegs-Unterstützung heute, und groß ist die Zahl der Frauen und Mütter, denen der Gatte fortzog ins Feld. Draußen steht ein leerer Kinderwagen, die forgnahme Mutter hat den Kleinen auf den Arm genommen. Schrei liegt er still in dem düstern, fremden Treppengang an, das Vermögen wie schwebend an den Hals der Mutter gelegt, die langsamen Schrittes mit ihrer letzten Kraft die Stufen steigt. Ob sie wohl wieder so lange wird warten müssen

oder gar noch einmal wiederkommen soll, wie das letzte Mal, als so ein zögiger Schreiber sich darauf verließte, daß sie nach dem NS erst abendtags ihr Geld abheben dürfte? Was weiß der wohl auch davon, daß sie schon ein paar Tage keinen Pfennig mehr hat, trotz äußerster, harterem Einteilung!

Mit einem Seufzer ist sie oben angelangt, kann findet sie mit ihrem Kintchen noch Platz auf dem schmalen Gange, denn viele sind schon vor ihr da.

Sie kennen sich fast alle, die da nun über ein Jahr schon den Weg hierher machen mit dem oft so mühen, hoffnungslosen Schritt. Das immer häufiger werdende tiefe Seufzen des einfachen Gewandes spricht eine beredte Sprache. . . . In einer kleinen Gruppe reden sie halblaut miteinander: „Wie sie es hat nicht mehr zu schaffen vermögen, bei der ungenüchlichen Lenerung mit den Kindern durchzunehmen. Nun kommt die kalte Jahreszeit; den Kindern mangelt es an Schuhen, Strümpfen, auch die andre warme Bekleidung ist verwaschen, verwaschen; im Sommer konnten doch die größeren barfuß und beschäupft laufen, nun auch noch diese neue Sorge. . . .“

Drei andre Frauen sprechen von behördlichen Maßnahmen zur Beschaffung billigen Krautes, wobei eine unter allgemeiner Zustimmung bemerkt: „Was tue ich mit dem schäbsten billigen Sauerkraut, wenn ich mir kein auch noch so beschöndenes Stückchen Fleisch kaufen kann, um das Kraut j o m a d h a t zu machen!“

Mit halben Ohren nur hört eine daneben zu, die eben im stillen ansetzmet, wieviele Nächte sie wieder an der Nähmaschine bei der so elend bezahlten Heimarbeit opfern muß, um das vom vorigen Monat verbliebene Dessig auszuscheiden und den erhöhten notwendigen Ausgaben in diesem Monat gerecht zu werden. Die Tage werden bedeutend länger, die Beleuchtungsstellen größer, Kräfte fast unerlöschend. — Wie ein roter Faden zieht es sich durch die Worte und Gedanken aller: daß die Unterstützung nimmer und nirgends ausreicht!

Sie kommen und gehen. Da gewährt der Blick im Hintergrunde eine ganz Junge, eine werdende Mutter! Der so hüßlich neu fandelnde schmale Solbreit läßt ahnen, daß ihr Geglück wohl erst vor ganz kurzer Zeit erstah! wohl kriegertraut! Nun außer dem Herzeid, in ihrer jetzigen Stunde ohne den geliebten Mann zu sein, nur auf fremde Hilfe angewiesen, auch noch die Sorge um das künftige Brot. Und doch! Fast feingütig schaut eine, die auch schon lange wartet, zu ihr her: sie hat neben, sondern miteinander gelebt in ihrer Ehe, da hat der Mann das Herz mitgenommen. Wir ist, als trüge diese Stille, Kindertröste am schwersten. . . . Marie Schleich.

die Unternehmer die Verwendung des weißen Phosphors fast völlig ein und erzeugten die sogenannten schwedischen Streichhölzer. Dreißig Jahre später konnte die Schwediz die Verwendung des weißen Phosphors schon ganz verbieten, weil die Bündmasse nach schwedischem Rezept allen billigen Anforderungen entsprach. Einige Jahre später wurden die Phosphorhölzer auch in Deutschland verboten. Vor dem Verbot und noch kurz nachher erhoben die Bündholzfabrikanten Einspruch — heute haben sie sich sehr gut damit abgefunden. Und die Bündholzverbraucher erst recht.

Die wirtschaftlichen Schäden für die Bleiweißindustrie sind u. E. nicht sehr groß. Vor allem dann nicht, wenn die dauernde Beibehaltung des Verbots schon jetzt oder doch in nächster Zeit ausgesprochen wird. Die Unternehmer können dann die Zeit des Krieges ausnützen, um ihre Betriebe auf die Herstellung von Ersatzstoffen einzurichten. Da schon jetzt manche Betriebe solche Ersatzstoffe neben dem Bleiweiß herstellen, dürfte die allgemeine Umstellung ohne allzu große Schwierigkeiten möglich sein. Arbeiter werden durch das Verbot nicht in größerer Zahl arbeitslos; zudem ist gerade jetzt die Nachfrage nach Arbeitskräften so reg, daß die etwa ausfallenden Arbeiter leichter als sonst anderwärts unterkommen werden.

Was in allem: Die Zeit für ein dauerndes Verbot der Erzeugung und Verwendung der giftigen Bleifarben war nie so günstig wie jetzt. Die Regierung sollte diese Zeit nützen und die aus der Not des Krieges geborene Maßnahme zu einer dauernden umgestalten. Es wird damit vielleicht hier und da die finanziellen Interessen einzelner Personen verletzt, aber sie wird zugleich — und das ist heute wichtiger und notwendiger als je — Tausende von Arbeitern schützen gegen Krankheit, Siechtum und frühen Tod.

Aus der Gummiindustrie.

Der Betriebsgewinn der Mülden- & Hildesheimer Gummiwarenfabriken Gebrüder Wehll fiel von 2,67 auf 1,42 Millionen Mark. Unter bedeutender Verminderung der allgemeinen Umlagen und der Abschreibungen verblieb ein Reingewinn von 373 163 Mk. gegen 253 405 Mk. im vorangegangenen Geschäftsjahre. Die Dividende wird von 8 auf 10 Prozent erhöht, mit 203 321 Mk. werden auf neue Rechnung vorgetragen. — Ueber die Aussichten der Beschäftigung in der Automobilreifen-Industrie nach dem Kriege berichtet die „Gummi-Zeitung“. Sie schlußfolgert aus dem Verbrauch der Reifen während des Krieges und aus der nach dem Kriege vermehrten Benutzung von Automobilen, daß der Bedarf an Reifungsmaterial besonders groß sein wird. Die vom Kriege zurückbleibenden Automobile werden demnach billig verkauft werden müssen. Es wird eine ganze Anzahl Personen behaupten, die im Kriege die Vorteile eines Automobils schätzen gelernt haben. Viele von ihnen werden Käufer gebräuchter Kriegswagen sein und damit den Kreis der Automobilbesitzer erweitern. Da nach dem Kriege Reifemangel fortbestehen wird, werden naturgemäß auch die vielen Lastautos ausgesetzt und nach gründlicher Herstellung in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt. Die deutsche Gummi-Industrie wird diese Aufträge an Reifungsmaterial allein zu erledigen haben, zumal anzunehmen ist, daß die verschiedenen kriegführenden Ausländer ihre Aufträge in der gleichen Weise von ihrer Gummi-Industrie erledigen lassen werden, so daß mit ausländischer Konkurrenz in der ersten Zeit nicht zu rechnen ist. — Wir können nur wünschen, daß sich die Prophezeiungen erfüllen, damit die zurückbleibenden Gummiarbeiter vor Arbeitslosigkeit bewahrt bleiben.

Kriegsgefangene in Zuckerfabriken.

Die Zuckerfabriken leiden naturgemäß stark unter dem Arbeitermangel; einmal, weil sie nur wenig ständige Arbeiter haben, also jeden Herbst neu einstellen müssen, dann aber auch, weil die Löhne in dieser Industrie zu der schweren, langen und gefährlichen Arbeit in gar keinem Verhältnis stehen. In Friedenszeiten haben die Betriebe allerdings ihren Bedarf noch immer decken können, jetzt aber, wo ein sehr hoher Prozentsatz der Arbeiter eingezogen ist, fehlt es daran gar sehr. Die Zuckerfabriken haben deshalb in großer Zahl Kriegsgefangene als Arbeiter erhalten. Ueber die Erfahrungen damit und über die Bezahlung der Gefangenen unterhielten sich die Unternehmer in einer Sitzung des technischen Vereins für Zuckerfabrikanten, die am 7. September stattfand.

Die Besprechung drehte sich um die kommende Kampagne. Direktor Thiel (Stendal) meinte, jeder Unternehmer habe schon „mit E. Greden“ daran gedacht, wie sich die Arbeiterverhältnisse in der nächsten Betriebszeit gestalten werden. Die Kriegsgefangenen können den Fabriken zu teuer. Sie erhielten nicht nur den üblichen Tagelohn, sondern auch noch gutes Essen, das die Unternehmer für das Geld, das sie von der Militärverwaltung dafür erhielten, nicht beschaffen konnten. Direktor Schmidt (Gumburg) erklärte, daß er über seine russischen Gefangenen nicht klagen könne. Der Lohn betrage 2,40 Mark pro Tag, wovon die Fabrik für die Verpflegung 1,05 Mk. und für die Beherbergung 15 Pf., zusammen also 1,20 Mk. täglich, zuwiderstehe. Früher erhielt die Fabrik nur 75 Pf. pro Arbeiter und Tag; nach der Steigerung der Lebensmittelpreise ist die Summe erhöht worden.

Direktor Wittmack (Brehna) bedauerte, daß die Fabrikleitungen „gar keine Disziplinargewalt“ über die Gefangenen haben und daß sie ihnen regelmäßige Panzen gewähren müssen. Er will, daß die Betriebsleitung beim Kriegszustand vorfällig wird, damit die Panzen in Begleit kommen. Direktor Gaeje (Renshaldenleben) teilte mit, daß er, um Kriegsgefangene als Arbeiter zu erhalten, habe nachsehen müssen, daß er andere Arbeiter nicht erhalten könne. Diesen Nachweis hat er sich allerdings sehr leicht gemacht. Er hat sich einfach von den besten harten Betrieben bescheinigen lassen, daß dort keine Arbeiter überflüssig waren. Von dem Direktor des Vereins forderte er, daß es dahin würde, daß die Zuckerfabriken Frauen auch des Nachts ohne weiteres beschäftigten dürfen. Direktor Köster (Stapp) ist mit seinen 20 Panzen, die jeder 2,40 Mk. pro Tag erhalten, zufrieden. Altwies meinte er, daß 10 heilige Arbeiter im Monat mehr leisten würden als die 20 Gefangenen im Lohn. Er wünschte eine bessere Auswahl der Gefangenen; jetzt habe er u. a. einen Apotheker, einen Großhandelsmann und zwei Kunsttischler mit erhalten. Direktor Gehrke teilte mit, daß der von ihm geleitete Betrieb 3,50 Mk. Tagelohn für einen Gefangenen zahlen müsse und für die Verpflegung 1,20 Mk. pro Person nach Tag anpasse. Das sei allerdings nur möglich, wenn man gut einkaufe.

So weit die Vertreter der Unternehmer. An ihren Ausführungen interessiert besonders die Frage darüber, daß ein Gefangener von 1,20 Mk. Lohn ansetzt. Das müssen sich

unre Mitglieder merken, wenn sie an die Unternehmer wegen Lohnzulagen herantreten. Es läßt sich ja doch sehr leicht ausrechnen, daß ein Arbeiter für seine Person 1,20 Mk. pro Tag für die Ernährung durchaus nicht immer zur Verfügung hat. Nehmen wir einen Arbeiter, der vier Kinder hat, die wir gleich zu einer wachsenden Person einseuen. Dieser Arbeiter müßte einmal für sich, dann für seine Frau, dann für je zwei Kinder, insgesamt also 4 x 1,20 Mk. täglich, also 4,80 Mk., für die Ernährung ausgeben. Wieviel Arbeiter können das? Viele verdienen nicht einmal 4,80 Mk. pro Tag. Wie hoch müßte aber der Lohn sein, wenn der Arbeiter 4,80 Mk. pro Tag, also 33,60 Mk. pro Woche, für Ernährung ausgeben will? Denn er muß doch auch Wohnung, Kleidung und Heizung haben, Versicherungsbeiträge und Steuern bezahlen usw.! Hoffentlich legen sich die Zuckerfabrikanten solche Fragen einmal vor. Dann werden die Gesuche um Lohnzulagen gewiß offene Ohren und offene Hände finden. Ober nicht? —

Genossenschaftsbewegung.

Konjungenoffenschaften und Kriegsbeschädigte.

Das Tarifamt beschäftigte sich am 21. Oktober mit der Frage: „Sind die Genossenschaften verpflichtet, Angehörige, die als Kriegsbeschädigte zurückkehren, wieder einzustellen?“ Hierzu wurde folgender Beschluß gefaßt: „Das Tarifamt erklärt sich aus formal-rechtlichen Gründen für unzulässig, diese Frage zu regeln; es fordert aber die zuständigen Körperschaften auf, Vereinbarungen über die Weiterbeschäftigung der Kriegsbeschädigten zu treffen.“

Bei diesen Vereinbarungen ist nach Ansicht des Tarifamts der Gedanke zu berücksichtigen, daß den Kriegsbeschädigten gegenüber das weitestgehende Entgegenkommen zu erwirken ist; sie sind, wenn irgend möglich, wieder zu beschäftigen, wobei der Grundsatz Geltung haben muß, daß ihre Bezahlung, ohne Rücksichtnahme auf die Rente, nach der Leistungsfähigkeit erfolgt.

Bei Regelung dieser Frage durch Verk. Larungen zwischen den zuständigen Körperschaften wird empfohlen, das Tarifamt als Entscheidungsinstanz auch über Streitfragen, die dieser Angelegenheit entspringen, anzuerkennen.“

Bestimmte Vorgänge veranlassen dann das Tarifamt, noch folgende grundsätzliche Entscheidung zu treffen:

„Die Tarifverträge gelten in ihrem vollen Umfang auch während der Kriegszeit. Andere Vereinbarungen, sofern sie nicht zwischen den Tarifkontrahenten erfolgen, sind unzulässig.“

Unser Verband in der 64. Kriegswoche.

Für die Woche vom 18. bis 24. Oktober haben 306 Bahnhallen berichtet. Diese hatten am 1. August 1914 zusammen 172 032 Mitglieder. Da die Gesamtmitgliedszahl im Verbands der Kriegsausbruch 207 710 betrug, fallen etwa 35 000 Mitglieder bei der Verichtssetzung aus. Am letzten Tage der Berichtswoche waren in den 306 Bahnhallen noch 78 458 Mitglieder vorhanden. Von den fehlenden 93 574 waren 72 807 zum Kriegsdienst eingezogen. Der tatsächliche Verlust beträgt also 20 767 Mitglieder.

Arbeitslos waren in der Berichtswoche 142 männliche und 410 weibliche, zusammen 552 Mitglieder. Das sind, wie in den Vorwochen, etwa 0,7 vom Hundert. Erwerbsunfähig krank waren 863 männliche und 209 weibliche, zusammen 1072 Mitglieder.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Bahnhallen, sondern diejenigen, die mir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Bahnhallen Bericht erbracht hätten, zusammengestellt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürfte, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingekandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 männlichen Mitgliedern
8. August . . .	17 663	8,5	34 388	19,2
5. September . . .	23 748	11,5	44 429	24,6
3. Oktober . . .	17 329	8,3	48 875	26,4
7. November . . .	9 273	6,3	51 561	28,4
5. Dezember . . .	6 966	5,0	54 428	30,0
2. Januar . . .	6 580	4,8	57 170	31,4
6. Februar . . .	5 340	4,1	60 089	33,2
6. März . . .	3 450	2,7	65 045	35,7
3. April . . .	2 310	2,0	68 453	37,7
1. Mai . . .	1 321	1,2	71 883	39,4
5. Juni . . .	990	0,9	75 692	41,9
3. Juli . . .	919	0,9	78 581	43,5
7. August . . .	802	0,8	81 257	45,0
4. September . . .	828	0,8	83 412	45,8
2. Oktober . . .	692	0,7	85 878	47,6
9.	734	0,7	86 117	47,8
16.	721	0,7	86 156	47,8
23.	667	0,7	88 683	48,7

Berichte aus den Zahlstellen.

Höppel a. M. Die hiesigen Fachwerke gehen dazu über, immer mehr Frauen einzustellen. Zuerst wurden nur Einstellungen in den medizinischen Abteilungen vorgenommen, doch der Appetit kam beim Essen. Heute stellt man Frauen in Betriebsräumen ein, wo sie die Männerarbeit an den Apparaten aller Art verrichten müssen. Als Lohn werden den Frauen 20 Pf. die Stunde und 1 Mk. wöchentliche Lernungszulage gegeben. Von der Frau eines Kollegen, der gefallen ist, die in einem Betriebsräume beschäftigt war, werden uns folgende Tatsachen mitgeteilt: Im Rahmen bezogol worden vorläufig zwei Kriegsgefangene beschäftigt. Die Arbeit ist sehr schwer für Frauen. Mit einer Holzschmelze müssen sie die Lötlampe, ungeheure Masse aus den Apparaten in die Fächer schmelzen, aus den Fächern wieder in stündlicher Wiederholung je in die Klümpchen, Zentrifugen, Siebapparate, Trockentrommeln, Trockentrommeln usw. Beim Entleeren der Trockentrommeln entsteht ein solcher Staub, daß die Frauen vom Kopf bis zu den Füßen weiß werden. Hände und Haare werden rot. Trotz gewöhnlicher Hände kann man kein Brot nicht anfassen, weil es dann bitter schmeckt. Ueber etwaige Giftgefahr werden die Frauen nicht aufgeklärt. Am starksten können dort die Arbeit leisten, wo es dem Gefangen schon herabgeht; in den Fächern, mit denen sie hantieren müssen, die sie hin- und hergehoben müssen, ohne sie umzulassen, weil sie offen sind, lagern 75 bis 87 Kilogramm. Das ist dabei ohne Schutzhelme und Gehörstörkungen für die Frauen nicht abgefragt, legt auf ihr Hand. Es mag ja auch in den Betriebsräumen der gewöhnlichen Fabrik-Arbeiten geben, die eine Frau leisten kann, zum Beispiel wenn sie Apparate bedient, bei denen es nur anspannen heißt, daß Druck und Temperatur richtig sind, und wo das An- und Ablassen von Dampf, Wasser und Mische durch Schläue, Gebläse und Transmissionen erfolgt. Das sind aber die Arbeiten für die Kriegsbeschädigten, die wieder eingestellt werden und den alten Lohn verdienen sollen. Die Frauen, die jetzt dazu gebraucht werden, sollten deshalb den Lohn der Männer beanspruchen, damit sie nicht jetzt ihren Kollegen Gehaltsabstriche bereiten und für später den Kriegsinvaliden die Plätze sperren. Nicht nur das, schon jetzt lassen die Fachwerke männliche Arbeitskräfte los, wenn sie durch weibliche nur irgendwie ersetzen können. Seit kurzlich wurde ein Kollege, der bei Kriegsausbruch schon zehn Jahre lang der Fachwerke beschäftigt war, dann wegen Betriebsveränderung entlassen, jetzt aber wieder um Arbeit nachgehängt, abgewiejen, weil man ihn nicht mehr benötige. Man hat eben eine Frau an seinen Platz

gestellt, die billiger arbeitet. Recht maßgebliche Leute in den Fachwerken sollen ja schon erklärt haben, daß man, wenn die Frauemarbeit in den Betriebsräumen sich bewähre, immer mehr Männer durch Frauen ersetzen wolle. Damit droht eine Gefahr, die gerade die/berufstätigen Frauen schrecken dürfte. Schon um ihren aus dem Kriege zurückbleibenden Männern die Arbeitsplätze nicht zu verschleßen, müssen die Frauen jetzt ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen, damit die Unternehmer nicht noch mehr als bisher schon die Frauen in die Fabrik ziehen und die Männer arbeitslos vor den Türen lassen. Um aber ihre Rechte und Interessen wahren zu können, müssen sich die Arbeiterinnen zusammenschließen in ihrer gewerkschaftlichen Organisation im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands. Die Erfahrungen der Kriegszeit werden manche Frau und auch manche unterbezahlte Arbeiterin davon überzeugt haben, daß der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiterklasse unbedingt notwendig war und notwendig sein wird. Deshalb, ihr Arbeiterinnen, schließt euch zusammen, tretet an die Seite eurer organisierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, füllt die Lücken, die der Krieg in die Reihen der organisierten Arbeiterklasse gerissen hat, sorgt mit dafür, daß der Verband auch in der Zukunft stark genug ist, um die Interessen der Arbeiterklasse wahren zu können!

Rundschau.

Das sozialistische Deutschland.

Die „New York Times“ nennt in einem Artikel Deutschland „das vollkommenste Beispiel eines in gutem Sinne sozialistisch regierten Staates“ und beweist oder begründet diese überraschende Feststellung wie folgt:

„Am nächsten kommt dem sozialistischen Staate, soweit überhaupt möglich ist, das heutige Deutschland. Da ist die Gesellschaft nach dem Muster der Familie organisiert. An der Spitze steht die Regierung als Vater, der für die Wohlfahrt seiner Kinder verantwortlich ist, der Gewalt über sie hat und sein Leben daransetzt, nach besten Kräften für seine Kinder zu sorgen.“

Wir gestehen offen, daß wir für den Sozialismus, der zuerst in Deutschland angeblich verwirklicht ist, nichts, aber auch gar nichts übrig haben. Der Vergleich der Organisation Deutschlands mit einer Familie hinkt auf beiden Füßen. Selbst in einer nur leidlich zusammenstimmenden Familie ist es ungesund, das Wissen nicht ublich, daß die Wissen so ungleich und ungerecht verteilt werden wie im heutigen Deutschland. Wenn die Regierung wirklich wie ein Vater sorgen würde, hätte sie der Lebensmittellage schon lange etwas mehr steuern können. Anderer Meinung ist natürlich die „Arbeitgeber-Zeitung“. Sie druckt Auszüge aus dem Artikel des amerikanischen Blattes ab und schreibt dazu:

„Tatsächlich wird man bei unbefangener Prüfung zugeben müssen, daß in Deutschland das höchst mögliche Maß sozialistischer Fürsorge bereits erreicht ist, und daß der Krieg die Probe aus Grempl geliebert hat. So wie es war, war es im ganzen recht! Ein Mehr wäre zweifellos gefährlich gewesen.“

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ ist sehr klug. Sie nennt die durch den Krieg und infolge des Krieges geschaffenen Zustände heute sozialistisch, um sie später einfülligen Leuten als abschreckendes Beispiel vorhalten zu können, wenn sie wieder einmal den wirklichen Sozialismus bekämpfen will.

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Graue Karten.

Für den Monat Oktober sind die grauen Karten bis zum 4. November einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 30. Oktober.

Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht auch die zum Heer eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

Vom 26. Oktober an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Belen i. d. M. 690,48. Döbeln 300,—. Gronau d. S. 100,00. 93,60. Grotzsch 51,20. Grubach i. W. 48,83. Heine 45,12. Lauterbach i. W. 35,08. Jähnichen 5,10. Greifenhagen 1,50. Rieneburg 1289,58. Hildesheim 912,29. Wargen 100,—. Bornhöved 56,90. Wörthingen 28,88. Triebes 21,88. Kammin i. P. 19,03. Martredwitz 16,64. Neufahrn 14,85. Lützenhain 14,32. Dorsdorf a. d. W. 12,96. Nietrachin 9,29. Worbis —. G. Hennigsdorf 290,30. Laupheim 7,15. Chemnitz 1480,50. Wittkowsitz 32,12. Straubing 31,77. Gernshelm 19,—. Tirschenreuth 10,19. Herzberg a. S. 7,26. Dresden 1186,57. Friedrichsbad 92,20. Hohenweiden 38,37. W. B. 1200,—. Efenwag a. M. 1385,96. Frankfurt a. M. 1213,20. Mühlberg a. d. E. 233,16.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Kalbe a. d. E. 10,45. Pries 17,50. Heubach i. W. —,50. Men a. d. E. 9,—. Glauhaus 7,—. Frankfurt a. M. 55,—.

Schluß: Montag, den 1. November, mittags 12 Uhr.

Fr. D r u n s, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1915 haben eingekandt:

Goslar, Lauterbach, Döbeln, Heine, Belen, Heubach, Jähnichen, Straubing, Großschänke, Glienow, Gronau, Fahr i. W., Singen, Mühlhausen i. E., Kammin, Neufahrn, Martredwitz, Dorsdorf, Bornhöved, Lützenhain, Wörthingen, Nietrachin, Tirschenreuth, Frankfurt a. M., Worbis, Hennigsdorf, Kottbus, Kalbe a. M., Wittkowsitz, Laupheim, Freising, Gernshelm, Bramsche, Hohenweiden, Herzberg a. S., Friedrichsbad, St. Jürgert.

Eingegangene Zahlstellen.

Dorsdorf (mit Oldisleben verismotzen).

Neubadem.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingeretet in
579 096	Richard Rabus	7. 9. 1852	9. 3. 1913	Hlensburg
564 401	Frantziska v. Fein	2. 3. 1898	29. 3. 1913	Hamburg
Karten-Nr. 4* 1 087	Joseph Sandmeier	5. 8. 1837	17. 12. 1914	München

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Burg (Bezirk Magdeburg). Wilhelm Klübe, Kaiser-Wilhelm-Straße 2.

Frentenwalde a. d. O. Pinow eingezogen. Wilhelm Pinkeant, Wargener Straße 13.

Seidelberg. Lenz eingezogen. Philipp Treiber, Lützenstraße 11.

Gennigsdorf. Karl Hoffmann, Hauptstraße 6.

Rauen. Krizig eingezogen. Graf Borchert, Lindenstr. 1.

Schwann. Gustav Gausel, Alt-Mönchbergstraße.

Wehlau. G. Schröder, Kriegerstraße 30.